

Auktionsmodell bremst Windkraft aus

WESTFALENPOST 18.10.2017

Niedrige Preise und seltsame Bürgerwindprojekte kennzeichnen die ersten Ausschreibungsrunden für Windparks. Ab Mitte 2018 kein Zubau in Südwestfalen

Von Lorenz Redicker

Hagen. Mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz 2017 haben sich die Regeln für Windstrom grundlegend geändert. Es gibt keine fixe, gesetzlich festgelegte Vergütung für den erzeugten Strom mehr; stattdessen wird der Preis jetzt über Auktionen ermittelt. Den Zuschlag erhält, wer am wenigsten Geld je Kilowattstunde fordert. Noch bis zum 2. November läuft aktuell die inzwischen dritte Versteigerungsrunde für Windparks an Land. Was heimische Windkraftkritiker aufatmen lassen dürfte: Südwestfalen wird dabei wohl erneut leer ausgehen – wie in den ersten beiden Ausschreibungen im Mai und August. Windräder, die jetzt noch in der Region errichtet werden, waren noch bis Ende 2016 genehmigt worden. Solche Altfälle müssen binnen zwei Jahren aufgestellt werden.

Die Lage in Südwestfalen

„Windenergie in Südwestfalen ist totgeritten“, sagt Thomas Hachmann vom Bundesverband Windenergie (BWE). Der Olsberger, Vorsitzender des BWE im Regionalverband Südwestfalen, hat bei dieser Aussage nicht nur den massiven Bürgerprotest im Blick. Denn für die Flaute in der Region gibt es viele Gründe. Etwa die politische Unsicherheit. Die Änderung des Windenergieerlasses durchläuft gerade die politischen Gremien. Wenn auch die etwa vom Landesverband Erneuerbare Energien (LEE) scharf kritisierte Abstandsregelung von 1500 Metern zum nächsten Wohngebiet sich im Entwurf so nicht mehr findet – allein die Ankündigung und die windkraftkritische Haltung der FDP verunsichern die Branche.

Das Auktionsmodell

Folgen hat zudem das Auktionsmodell: Bei der zweiten Auktionsrunde kam nicht nur Südwestfalen



„Bürgerbeteiligung wird torpediert.“

Thomas Hachmann, Bundesverband Windenergie Südwestfalen



Windkraftanlagen am Haarstrang: Bei den bisherigen Auktionen ging kein Zuschlag nach Südwestfalen.

FOTO: HANS BLOSSEY

nicht zum Zuge; kein einziger Betreiber aus NRW war erfolgreich. Stattdessen gingen 70 Prozent der ausgeschriebenen 1000 Megawatt letztlich an einen einzigen Projektierer: die UKA-Gruppe aus dem sächsischen Meißen. „UKA ist vor allem im Osten stark, in NRW aber noch nicht so lange aktiv“, sagt Jan Dobertin vom (LEE).

Der Bürgerwind

Der Erfolg von UKA zeigt die Schwächen des Auktionsmodells. Eigentlich sollten Bürgerwindprojekte bevorzugt werden: Um Chan-

cengleichheit mit großen Energiekonzernen und Projektierern zu wahren, können sie sich mit nicht genehmigten Anlagen bewerben und haben mehr als doppelt so viel Zeit (viereinhalb Jahre) für die Umsetzung. Aber diese Vorteile sind zu verlockend, als dass sie nicht zu Missbrauch führten. Unter dem Deckmantel der Bürgerenergie haben sich große Projektierer wie UKA oder etwa Enertrag an den Auktionen beteiligt. Lediglich zehn Personen aus dem Landkreis eines Windparkstandortes müssen 100 Euro anlegen, schon steht die

Bürgerwindgesellschaft. Zum Beispiel die Firma Umweltgerechte Bürgerenergie Diemelsee GmbH & Co. KG, die bei der zweiten Ausschreibung zum Zuge kam. Sie will fünf Anlagen südlich des Diemel-sees errichten, ist aber nicht etwa in Nordhessen beheimatet, sie hat ihren Sitz im sächsischen Meißen – wie der Projektierer UKA, dem sie zugerechnet wird. „Die Bürgerbeteiligung wird so torpediert, der positiv besetzte Begriff der Bürgerenergie zerschossen“, bedauert der Olsberger Thomas Hachmann.

Die Preise

Für Aufsehen sorgen auch die Preise der Auktionen. Durchschnittlich 5,7 Cent pro Kilowattstunde erbrachte die erste Runde, in der zweiten waren es nur noch 4,3 Cent. Ist Windkraft jahrelang zu hoch subventioniert worden? Dobertin sieht das nicht so. Er spricht von einer „Wette auf den Anlagenpreis der Zukunft“, besonders mit Blick auf die zweite Auktionsrunde. Die zum Zuge gekommenen „Bürgerwindprojekte“, die erst bis Anfang 2022 errichtet sein müssten, wären eben (noch) nicht „mit realen Preisen der aktuellen Anlagengeneration hinterlegt“.

Die Probleme

Dass vor allem Projekte den Zuschlag erhalten haben, die erst in drei, vier Jahren gebaut werden, ist für die Windindustrie ein Problem. Dobertin spricht vom möglichen „Strukturbruch“. Voraussichtlich bis Mitte 2018 werden die letzten nach altem Recht genehmigten Anlagen errichtet sein – danach droht ein tiefes Loch, bis das Gros der Windräder der diesjährigen Auktionen errichtet werden, vielleicht 2021 oder gar 2022 – wenn sie überhaupt aufgestellt werden. Wer vor allem im deutschen Markt aktiv ist, steht vor einem Problem. Im nächsten Jahr wird die Ausschreibung deshalb auf bereits genehmigte Anlagen beschränkt – aber reicht das? Erste Hersteller wie Nordex und Senvion (früher Repower) haben bereits Entlassungen angekündigt. Der LEE fordert ein höheres Ausschreibungsvolumen.

Hintergründe zu allen Windkraft-Streitfällen der Region finden Sie auf: wp.de/windkraft

